

Die vorhandene Arbeit kann von den Einheimischen gar nicht bewältigt werden; Italiener, Polen und in steigendem Maße auch Schwarze werden in Massen herangezogen, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Auf Schritt und Tritt bemerkt man dabei, daß die fortschreitende Entvölkerung das ernste Problem ist, mit dem Frankreich im Innern ringt. Wenn man nicht mit dem Schmelzwerk durch die Gegend raft, sondern im Auto auch durch die dünn besiedelten Distrikte kommt, dann glaubt man manchmal, namentlich in Südfrankreich, in einem Kriegsgebiet zu sein. Vereinzelt Gebäude und oft auch halbe Dörfer liegen da in Trümmern und strecken die zerfallenden Mauern zum Himmel, wie wenn sie von Granaten gewürfelt wären. In Nordfrankreich empfindet man es manchmal als Koketterie, daß die Kriegsspuren nicht aufgeräumt und die Ruinen als schaurige Erinnerung in ihrem trostlosen Zustand belassen werden. Hier ist es aber die Entvölkerung, die solche Spuren hinterläßt. Die Bewohner sind ausgezogen oder fortgezogen und haben ihre primitiv zusammengebauten Häuser als wertloses Ueberbleibsel dem Wind und Wetter zur Zerstörung preisgegeben. Niemand kümmert sich darum.

Gleichwohl sollten wir uns hüten, das französische Volk, seinen Lebens- und Machtwillen, wie wir es früher zu unserem Schaden getan haben, zu unterschätzen. Nicht nur, daß in militärischer Hinsicht alles getan wird, um die Beherrschung des Landes über seine natürlichen Kräfte hinaus zu steigern, wie die Vorkriegsarbeiten, die strategischen Erhebungen und die materialistischen Ansammlungen von Rekrutendaten zeigen, die man außerhalb Paris überall antrifft. Auch dem Volk selbst gibt ein hochgeschwelliger nationaler Stolz einen harten politischen Rückhalt. Es setzt sich geschlossen, selbstüber und einheitlich. Die Gegenläufe der Gesellschaftsklassen sind weniger betont als anderswo, und der Volkswissenschaftler findet einen feintönen Boden für seine Arbeit im klassischen Land der Revolutionen. Auch die Vorstellung, daß das französische Volk sittlich anaerisch sei, daß es, unumkehrlich und bedadend in seinem Wesen, verunglückungstrunken dem Untergang entgegenzueile, ist falsch oder zum mindesten überholt. In dieser Hinsicht hat der Krieg wirklich als Weisheitslehre gewirkt, und wir haben keinen Anlaß, aus solchen Gründen auf die Franzosen verächtlich herabzublicken. Ihr Staatswesen ist zweifellos intakt und durch den glücklichen Kriegsausgang neugeartet.

Alle diese Beobachtungen, so mag man einwenden, sprechen nicht gegen die Möglichkeit und Nützlichkeit einer Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich in den bisher beschrittenen Bahnen. Gewiß nicht; ebensowenig, wie sie dafür sprechen. Wenn man sich über diesen Punkt mit Franzosen unterhält, mit gebildeten und ganz einfachen Leuten, dann erschrickt man über die Verhältnisse

nistlosigkeit allen deutschen Dingen gegenüber. Der Durchschnittsfranzose ist schon rein geographisch und erst recht in allem, was darüber hinausgeht, ahnungslos, was Deutschland betrifft. Er kann und will und unsere Bedürfnisse nicht verstehen. Die Hauptsache ist, daß es ihm gut geht und alles in der Welt so bleibt, wie es durch Versailles geordnet ist. Und weil die Deutschen — unverständlicherweise für den Franzosen — nicht so wollen, ist das einzige Gefühl, das ihn beherrscht, Mißtrauen, gepaart mit Wut. So freundlich er zu dem einzelnen Deutschen ist, so sehr haßt er das Deutschland als fremde Kollektivität. Und die wachsende Spannung im Verhältnis zu Italien tut noch ein übriges, um dieses feindschaftliche Maßengefühl zu schärfen.

Dazu kommt, daß alles, was die Pariser Deppresse, vor allem der jetzt vielgelesene „Ami du Peuple“ des Parfumsfabrikanten Gotsch, über Deutschland und seine Absichten erzählt, kritiklos hingenommen wird, auch wenn die Lügen zum

Greifen die sind. Man glaubt, daß unser 100 000-Mann-Ober ein überlegenes Kriegsinstrument ist, man ist überzeugt, daß die vielen Blinde und Korporationen in Deutschland nichts anderes als eine schlafertige Wehrarmee sind, man vermutet technische Mängel und heimliche Verschwörungen mit Rußland. Die Furcht vor Deutschland, die aus dieser Verkennung der wirklichen Verhältnisse resultiert, ist kein Zeitungsmärchen, sondern sie wurzelt tief im ganzen französischen Volk. Wenn man in Frankreich wirklich einmal auf einen weißen Haken trifft, der vernünftiger denkt und Deutschland gerechter beurteilt, dann kann man weiten, daß es ein ehemaliger Kriegsgefangener ist, der unser Vaterland mit eigenen Augen gesehen und kennengelernt hat. Sonst aber ist Frankreichs Unkenntnis, sein Mißverstehen und Nichtverstehen wollen den deutschen Wesens die Mauer zwischen beiden Völkern, die dem beigemessenen Willen zur Verständigung unüberwindbar bleibt.

Berteidigung der deutschen Agrarpolitik

Eine Rede v. Rheinbaben in Genf

Genf, 2. Okt. Die Vollversammlung des Völkerbundes legte heute ihre Aussprache über die wirtschaftliche Tätigkeit fort. Der bulgarische Finanzminister Kolloff trat für die Durchführung und den Ausbau der Warschauer Agrarkonferenz ein, während der Vertreter Australiens sich ziemlich scharf gegen ein europäisches Vorzugsagarsystem aussprach. Im Verlaufe der Debatte sprach auch

der deutsche Delegierte Freiherr v. Rheinbaben, der in Ergänzung seiner Ausführungen im zweiten Ausschub die Geltung der deutschen Delegation zu den wichtigsten Fragen, der Meistbegünstigung und des Dumpings darlegte. Er führte u. a. aus: Deutschland wird nach besten Kräften an der Frage der Meistbegünstigung mitarbeiten, um sich den modernen Bedürfnissen anzupassen. Wenn es Schwierigkeiten in ihrer Anwendung sieht, so darf man das nicht mit dem Wade ausschütten. Die Meistbegünstigungsklausel ist das wichtigste Prinzip der modernen internationalen Handelspolitik. Was das Dumping betrifft, so möchte ich nur sagen, daß die deutsche Regierung zu jeder Untersuchung beitragen will, um in dieser wichtigen und komplizierten Frage Klarheit zu schaffen. Auch die internationalen Sachverständigen sind ganz verschiedener Meinung über den wahren

Sinn des Dumpings. Man muß diese Frage im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen der internationalen Handelspolitik betrachten.

Man ist allgemein der Auffassung, daß die große internationale Wirtschaftskrise in allen Ländern, besonders in den Agrarländern, Sondermaßnahmen notwendig macht.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Situation erinnern, in der sich Deutschland befindet. In der sozialen Struktur meines Landes sind große Änderungen einsetzend. Aus dieser besonderen Lage, insbesondere auch aus den internationalen Verpflichtungen Deutschlands, erklären sich die Maßnahmen, die es in der letzten Zeit zur Rettung seiner Wirtschaft ergreifen mußte.

Deutschland hat Verständnis für die Lage der osteuropäischen Staaten. Wir sind unsrerseits auch bereit, auf dem Wege des Austausches diesen Ländern entgegenzukommen. Deutschland wird sich an den weiteren Arbeiten zur Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes beteiligen.

Nach einem Schlußwort des Vertreters Österreichs de Micheli wurde der Wirtschaftsbericht von der Versammlung angenommen.

Genf, 2. Oktober. Nach der Abreise des Außenministers Dr. Curtius, der heute nachmittag mit einigen Herren der Delegation Genf verließ, wird Graf Bernstorff die Führung der deutschen Delegation bis zum Schluß der Völkerbundtagung übernehmen.

Die Schuldenfälligkeit im Sanierungsplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 2. Okt. Durch die in- und ausländische Presse gehen im Zusammenhang mit den Mitteilungen über die Aufnahme eines Ueberbrückungskredits bei amerikanischen Bankinstituten verschiedene Meldungen um, die der Korrektur bedürfen. Deshalb wird von Seiten des Reichsfinanzministeriums erneut festgestellt, daß in dem Sanierungsplan der Reichsregierung eine Abdeckung der schwebenden Schuld von 1200 Millionen Mark innerhalb von drei Jahren vorgesehen sei, und zwar in je drei Tranchen von 400 Millionen Mark. Der Schuldbeitrag von 1200 Millionen setzt sich zusammen aus dem Defizit von 900 Millionen und dem bezupfandenden Amerikakredit in Höhe von rund 400 Millionen, über den zur Zeit verhandelt wird.

In politischen Kreisen verläutet, daß der Ueberbrückungskredit zur Abdeckung der schwebenden Schuld rund 500 Millionen betragen soll. Für die Verzinsung und Emission des Kredites, der eine zweijährige Laufzeit haben soll, werden die Bestimmungen der Youngplanleihe maßgebend sein, die bei 5 1/2 v. H. nomineller Verzinsung eine Effektivverzinsung von 7 v. H. durch ihren niedrigen Emissionskurs ergibt. Von den restlichen 700 Millionen schwebender Schuld werden rund 400 Millionen durch Reichsschatzwechsel aufgebracht, der Rest durch weitere Schuld vom I. April nächsten Jahres an in Monatsraten von 85 Millionen Mark vorgenommen werden, wobei zunächst die kurzfristigen Innenkredite herankommen dürften.

Abreise des deutschen Botschafters aus London

London, 2. Okt. Der deutsche Botschafter Sthamer und seine Gattin haben am Donnerstagvormittag um 8.30 Uhr vom Waterloo-Bahnhof in London nach Southampton ab, von dort aus fahren sie an Bord des Dampfers „Neuport“ nach Hamburg. Zum Abschied hatte sich eine Anzahl von offiziellen Vertretern sowie Freunde des Botschafters am Bahnhof eingefunden. So sah man unter anderem Sir Aulien Chamberlain, den französischen, amerikanischen und brasilianischen Botschafter, den österreichischen Gesandten v. Frankenstein, die Gesandten von Norwegen, Schweden, Ungarn, ferner die Mitglieder der deutschen Botschaft sowie Sir Maurice Burslem. Auch die deutsche Kolonie war zahlreich vertreten. Für den Außenminister war Minister Went am Bahnhof erschienen.

Strafella Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen

Wien, 2. Okt. Der neue Präsident der Österreichischen Bundesbahnen, Dr. Dollfuß, hat den Grazer Vizebürgermeister Dr. Franz Strafella zum Generaldirektor der Bundesbahnen ernannt. Die Ernennung hat auch bereits die Zustimmung der Regierung gefunden. In diesem Zusammenhang werden weitere Änderungen bei der Besetzung der leitenden Stellen im Vorstand und in der Direktion der Bundesbahn erfolgen.

Antwort auf die Prager Demonstrationen

Berlin, 2. Okt. (Eig. Drahtmeld.) Das preußische Kultusministerium bestätigt die Meldung, daß auf Wunsch des Auswärtigen Amtes die Aufführung der Oper „Aus einem Totenhause“ des tschechischen Komponisten Leo Janacek, die Ende Oktober an der Berliner Staatsoper ihre deutsche Aufführung erfahren sollte, im Hinblick auf die Demonstrationen in Prag unterbleiben soll.

Ein neuer Senatspräsident im Reichsgericht

Berlin, 2. Okt. (Eig. Drahtmeld.) Der Reichsrat hielt heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert eine Sitzung ab, in der eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt wurde. So wurde u. a. der Berufung des Reichsgerichtsrats Gläsen in Leipzig zum Senatspräsidenten am Reichsgericht zugestimmt.

Fortschreitende Radikalisierung der SPD.

Mehr Agitation!

Berlin, 1. Okt. In einer Versammlung der Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei gab der Reichstagsabgeordnete Aufhäuser einen Ueberblick über die Situation, die der Wahlkampf für die Sozialdemokratie geschaffen hat. Die Ausführungen des Abg. Aufhäuser zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die Sozialdemokratie drauf und dran ist, nunmehr auf alle Reize von staatspolitischer Geltung zu verzichten und nur noch als ausgesprochene Agitationspartei zu wirken. Aufhäuser betonte immer wieder die Notwendigkeit einer ungeschränkten Agitation und erklärte nachdrücklich, daß man um der Realpolitik willen nicht auf die Agitation verzichten dürfe. Die Sozialdemokratie könne den Staat nur soweit bejahen, als er Leben und Zukunft des „arbeitenden Volkes“ bejahen, wobei Herr Aufhäuser die weiten bürgerlichen Schichten, die doch auch zum arbeitenden Volke gehören, nicht mitschließt. Die sozialdemokratische Presse darf nach dem Abgeordneten Aufhäuser keine Propagandastilistik treiben, sondern müsse die Sprache der Arbeiter reden, die auch Erwerbslose verstehen, also eine ganz grobschlächtige Agitationssprache. Aufhäuser bedauert es sehr, daß die Sozialdemokratie schon viel zu viel Staatspartei geworden sei. Sie sei insofern als zu wenig Arbeiterpartei geblieben. Zwar sei man noch nicht niedergedrückt, aber man bedürfe einer Erneuerung von innen heraus. Die Sozialdemokratie müsse mit proletarischem Klassenbewußtsein und sozialistischem Eroberungswillen wieder ans Werk, nämlich an die Agitation gehen. Nur vom Standort der Arbeiterklasse aus habe die Sozialdemokratie in den Gang der Reichspolitik einzutreten. — Der Partei der schrankenlosen Unterwerfung unter das internationale Kapital sieht eine solche Sprache schlecht an.

Kampfschließung der Dresdner SPD.

Eine Funktionärerversammlung der Groß-Dresdner Sozialdemokratie nahm einstimmig eine längere Entschließung an, die verstärkte Aktivität der Gesamtpartei fordert. Die Sozialdemokratie könnte nur dann die Verantwortung in der Regierung übernehmen, wenn nach Annahme bestimmter sozialdemokratischer Forderungen und Bedingungen Garantien eines sichtbaren Kurswechsels der bisherigen Bürgerbodpolitik geschaffen und

notwendige Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise und des Arbeitsloseneisens ergriffen würden. Unerlässlich sei zur Ueberwindung der Massenverwerflosigkeit eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der Kampf um die Förderung nach der 44stündigen Arbeitswoche. Das Regierungsprogramm der Reichsregierung bewerte ebenso wie die Kundgebungen bürgerlicher Parteien, daß der bisherige Kurs gegen die Arbeiterklasse fortgesetzt werden solle. Dagegen müsse die SPD, in der Opposition alle Kräfte und Mittel mobilisieren. Die Notverordnung der Brüningregierung müsse abgelehnt und es müsse ihr das Mißtrauen bekundet werden. Nur verstärkter Kampf der Sozialdemokratie vermöge die Gefahr des Faschismus zu bannen, und dem arbeitenden Volkswohl zu dienen. Zum Schluß forderte die Entschließung die Arbeiterklasse auf, alle Kräfte zu mobilisieren, um, wenn es sein müsse, außerparlamentarisch Republik und Volksrechte zu verteidigen und die Reaktion niederzuringen.

In Berlin und in Dresden gibt die SPD, unter dem Eindruck des Wahlerfolges die gleiche Parole aus: Mehr Agitation! Das klingt gerade so, als ob sie sich bisher in der Volksüberhebung Beschränkung auferlegt hätte. Nun sollen aber die Schleißen der Demagogie offenbar noch weiter geöffnet werden. Das sind angenehme Aussichten für diesen Winter uneres Mißvergnügens! Anders als in den Mitgliederversammlungen, vor der Wählermasse, pflegen aber die SPD-Funktionen in den internen Beratungen zu sprechen, in denen die Würfel fallen. Darum darf man diese hylgen Entschließungen noch nicht als das letzte Wort der Partei über ihre Haltung in der gegenwärtigen Krise werten.

Strafantrag gegen den Nazifisten Künstler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 2. Okt. Vom Reichswehrministerium wird erneut daran erinnert, daß es gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Künstler, der behauptet hatte, der Bahlaufstieg der Kommunistischen Partei sei unter Einflußnahme von Herrn des Reichswehrministeriums und sowjetrussischen Militärattachés registriert worden, Strafantrag gestellt hat, weil in einer solchen Mitteilung eine schwere Beleidigung der Reichswehr zu erblicken sei.

Schacht in New York eingetroffen

New York, 2. Okt. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde bei seiner Ankunft auf dem Dampfer „Resolute“ in der Quarantänestation vom deutschen Konsul Dr. Schwarz und einer großen Anzahl Journalisten begrüßt. Dr. Schacht betonte, er komme lediglich als Privatmann nach Amerika, um seinem Sohne Bankausbildung in Amerika zuteil werden zu lassen, und um den ferneren Wechen zu besuchen, was ihm bei seinen früheren Versuchen in Amerika die Zeit fehlte. Die Journalisten richteten an Dr. Schacht zahlreiche Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur.

Dr. Schacht lehnte alle politischen Newierungen ab und betonte lediglich, das deutsche Volk sei ein Volk der Ordnung, und es läge keinerlei Grund zur Revolution in Amerika über Deutschland vor, wenn auch die übrige Welt endlich einsehen, daß man schwierige wirtschaftliche und soziale Probleme nicht durch politische Zwang lösen könne. Die Weltdepression, die so ungewöhnlich lange andauere, sei heute allgemein und habe ihre Ursachen letzten Endes in den falschen politischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte. Zu Ehren Dr. Schachts gab heute die deutsch-amerikanische Handelskammer und das Institut of International Education im Hotel Astor ein Frühstück, dem zahlreiche führende Persönlichkeiten der amerikanischen und deutsch-amerikanischen Geschäftswelt bewohnten. Dr. Schacht hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede über den paneuropäischen Gedanken.

Amerikanische Stimmen gegen den Youngplan

Washington, 2. Okt. Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses, Fred Britton, der kürzlich von einer Europareise zurückgekehrt ist, betonte in einer Erklärung, daß lediglich die Revision des ungeraten Versailleser Vertrages erträgliche Zustände in Europa schaffen könnte. Besonders müsse der polnische Korridor an Deutschland zurückerstattet werden, damit

ein neuer Krieg vermieden werde. — Das Kongreßmitglied Richard Bartholdi, der gleichfalls Europa bereite, erklärte, die Bürde der deutschen Reparationslasten wäre selbst für ein reiches Land wie Amerika untragbar.

Hoovers Optimismus über die Weltwirtschaft

New York, 2. Okt. Präsident Hoover hielt am Donnerstag vor der amerikanischen Bankervereinigung in Cleveland eine große Rede, in der er sich recht optimistisch über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft äußerte. Er wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Depression größtenteils bereits überwunden sei. Die Ursache der wirtschaftlichen Depression sei auf die Ueberproduktion von Rohmaterialien, besonders außerhalb der Vereinigten Staaten, den gewaltigen Preissturz, sowie den Zusammenbruch der vorjährigen Ueberproduktion in der Welt zurückzuführen. Amerika könne unabhängig von den anderen Völkern zu gesicherten Wirtschaftsverhältnissen und zur allgemeinen Prosperität zurückkehren. Die übrigen Völker würden dann auf diesem Wege nachfolgen.

Ford im Kölner Rathaus

Aöln, 2. Okt. Im Anschluß an die Grundsteinlegung zum Neubau der Ford-Fabrik in Köln wurden Henry Ford, seine Gattin und seine Begleitung im Rathaus von Oberbürgermeister Dr. Adenauer empfangen. Der Oberbürgermeister begrüßte Ford mit einer Ansprache. Herr Ford bedankte sich für die freundliche Begrüßung. Da er die deutsche Sprache nicht beherrscht, hat er den Reichsminister a. D. Albert, Mitglied des Aufsichtsrates der deutschen Niederlassung der Ford-Gesellschaft, in seinem Namen zu antworten. Dieser führte u. a. aus: Ford sei der Ansicht, daß internationale Zusammenarbeit die wichtigste und beste Grundlage für die nationale Verständigung und den internationalen Frieden bilde. Ford denke über die Zukunft Deutschlands sehr optimistisch, und er sehe die augenblicklichen Schwierigkeiten in Deutschland als vorübergehend an.

Panflavin ärztlich empfohlen zum Schutz gegen Grippe
PASTILLEN (LACONDIUMUNDEWAT)